

Unsere Ernährung im Krieg.

Unsere Nahrungsmittelpolitik, für den Erfolg unseres Krieges so entscheidend wie Sieg und Niederlage auf dem Schlachtfeld, verlangt nach wie vor die angespannteste Aufmerksamkeit, zumal sich auf diesem Gebiete immer wieder und immer mehr Mißstände breit machen, ohne daß zu erkennen wäre, daß man an allen berufenen Stellen sich beeilt, sie gebührend einzudämmen.

Die in unser Wirtschaftsleben tief einschneidenden Maßnahmen des Bundesrats zur Sicherstellung unserer Volksernährung haben berechnete Anfechtungen erfahren; man wird aber über gewisse Mängel, die nun einmal nicht zu vermeiden sind, hinwegsehen müssen, wenn nur das große, angestrebte Ziel erreicht wird. Daran zu zweifeln, falls erkannte Lücken ausgefüllt und Fehler gebessert werden, liegt kein begründeter Anlaß mehr vor. Die Probezeit ist zwar noch nicht völlig überstanden, man darf aber darauf vertrauen, daß das deutsche Volk willig die gebotenen Opfer übernehmen wird. Die bisherige Entwicklung unseres Wirtschaftslebens ließ nach dem Ausbruch des Krieges keinen Zweifel darüber aufkommen, daß in unserem zumeist geschlossenen Handelsstaate die Lebensmittelteuerung selbst dann noch einen erheblichen Umfang annehmen werde, wenn einer maßlosen Preis speculation gewisse Grenzen gezogen wären. Glücklicherweise hat sich diese Teuerung erst allmählich eingestellt; weiten Schichten der Bevölkerung war Gelegenheit geboten, die erhöhten Aufwendungen für den notwendigen Bedarf an Nahrungsmitteln durch steigenden Arbeitsverdienst auszugleichen, aber weite Kreise mußten sich während des Krieges im Kampf ums Dasein Einschränkungen aller Art auferlegen, gar nicht zu reden von den schweren Verlusten, welche die Besitzer von Grundstücken und Wertpapieren erlitten haben. Im allgemeinen wird man anerkennen müssen, daß eine weitere Preissteigerung für unentbehrliche Lebensmittel nachgerade bedenklich wird, und nach Möglichkeit dafür gesorgt werden muß, ihr entgegenzuarbeiten. Man berücksichtigt, daß die Brotpreise während des Krieges sich fast verdoppelt, die Kartoffelpreise weit mehr als verdoppelt haben, die Preise für Schweine (am Berliner Schlachtviehhof) seit August 1914 von 48 bis auf 105 M. für einen Zentner Lebendgewicht gestiegen sind. Unter solchen Umständen vermag man es schwer zu begreifen, wenn von Vertretern städtischer Interessen — wir denken hierbei an Köln — die Forderung gestellt wird, die bisherigen Höchstpreise für Getreidemittel der neuen Ernte noch weiter zu steigern. Die Kriegsgetreide-Gesellschaft wird gewiß solche Anregungen dankbar verwerten. Ohnehin hat sie eine Erhöhung der Getreidehöchstpreise, wie wir erfahren, in Aussicht genommen, beginnend mit dem 1. August d. J. Der Preiszuschlag soll sich auf 20 M. für die Tonne belaufen, dazu eine sogenannte Dreschprämie von 20 M. für diejenigen Landwirte gewährt werden, die ihr Getreide sogleich nach der Ernte dreschen lassen und der Kriegsgetreide-Gesellschaft zur Verfügung stellen. Diese werden also einen Mehrpreis von 40 M. erlangen, können demnach ihren Weizen mit 300 und Roggen mit 260 M. für die Tonne ab Hof verwerten. Eine Notwendigkeit für eine solche immerhin beträchtliche Preissteigerung liegt nicht vor, denn eine Produktionssteigerung wird dadurch nicht erreicht; andererseits ist der Besorgnis, daß Brotgetreide als Viehfutter Verwendung finden könnte, durch die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen in ausreichendem Maße vorgebeugt. Und schließlich danken wir es ja unserer Brotkarte, daß mit dem Getreide irgendwelche Verschwendung nicht getrieben werden könnte. Oder soll etwa das System nachträglicher Preiserhöhungen aufrechterhalten werden? Die damit gemachten Erfahrungen sind doch keineswegs erfreulich; sie wurden als notdürftige Verbesserungen begangener Fehler angesehen. Die Lehren des ersten Kriegesjahres sollten doch gebührend gewertet werden! Man wird ja hören, welche Gründe für eine weitere Preissteigerung des Brot- und vermutlich auch Futtergetreides angeführt werden, ob etwa gar eine namhafte Steigerung der Gesteuerungskosten glaubhaft nachgewiesen werden wird. Festzustellen ist, daß die Landwirtschaft selbst bis jetzt nicht nach einer Erhöhung der Getreidehöchstpreise gerufen hat; sie verlangt nur gleiche Berücksichtigung aller wirtschaftlichen Interessen und zielbewusstes Handeln der Regierung, das die Stetigkeit in der Betriebsführung gewährleistet. Und das große Heer der Verbraucher landwirtschaftlicher Erzeugnisse darf mit Recht beanspruchen, daß auch seine Interessen die gebotene Berücksichtigung finden. Man darf den Bogen nicht überspannen!

Von anderer Seite wird uns zum selben Thema geschrieben:

Wie allgemein bekannt sein dürfte, hat der Bundesrat eine Verfügung erlassen, daß, um die Kartoffel- und Getreidevorräte zu schonen, ein gewisser Teil des gesamten Schlachtschweinebestandes abgeschlachtet werden soll. Die Regierung hat ferner den Städten und größeren Gemeinden auferlegt, daß sie für die Zeit, in welcher frisches Schweinefleisch schwer zu erhalten sein wird, sich mit Fleischdauerwaren versehen. Die Regierung hat die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H., Berlin beauftragt, größere Schweinemengen aufzukaufen.

Ein großer Teil der Städte hat sich mit der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft in Verbindung gesetzt, um von dieser Schweinefleischdauerwaren zu kaufen. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft hat die vom Bundesrat für die Enteignung festgesetzten Höchstpreise für ihren freihändigen Verkauf ganz bedeutend erhöht, so daß nach Ansicht von Sachverständigen, die die Preiskommission bilden, in den festgesetzten Preisen auch die hohen Futtermittelkosten berücksichtigt sind. Es gelingt der Zentral-Einkaufsgesellschaft aber nicht, für diese hohen Preise Schweine in genügender Zahl freihändig aufzukaufen. Grund dafür ist die enorme Preissteigerung im freien Handel, von der nicht die Erzeuger den Vorteil haben, sondern lediglich der Zwischenhandel. Es werden augenblicklich Preise gezahlt, wie sie auf dem Berliner Markt überhaupt noch nicht gezahlt worden sind. Es entsteht dadurch die Gefahr, daß den Ver-

brauchern das Fleisch lediglich zugunsten einer einzigen Kaste, das ist der Zwischenhandel, unverhältnismäßig verteuert wird. Das ist um so bedauerlicher, da gerade das Schweinefleisch die Hauptfleischnahrung des kleinen Mannes ist. Man fragt sich deshalb: Warum setzt die Regierung nicht, wie sie es beim Getreide und bei den Kartoffeln macht, Höchstpreise fest und regelt auf diese Weise die Preise in der Fleischversorgung für die Bevölkerung.

Daß in der Tat die Preistreiberien unerträglich geworden sind, beweisen tagtägliche Erfahrungen und Beobachtungen, unerträglich deshalb, weil sie völlig unnötig und unberechtigt sind. Die Gemeinden, denen von der Regierung aufgegeben ist, genügende Vorräte zu angemessenen Preisen für die Bevölkerung anzusammeln, sind dazu nicht imstande, wenn sie, wie z. B. in Breslau erklären müssen, machtlos gegen die Preistreiberien zu sein. Nur die Regierung besitzt die hiergegen notwendige Macht. Möge sie Gebrauch davon machen.